

## FAKTENBLATT: ÖFFENTLICHE FINANZEN

# handlungsfähig dank gesunder staatsfinanzen

Die Schweiz hat die Wirtschaftskrise vergleichsweise gut überstanden. Das ist auf die konsequente Ausgabenpolitik der vergangenen Jahre und auf die 2003 eingeführte Schuldenbremse zurückzuführen. Doch auch unser Land bleibt in Sachen Staatsfinanzen gefordert. Grund dafür sind die steigenden Ausgaben für die Sozialversicherungen, die andere wichtige Staatsaufgaben wie beispielsweise die Bildung oder den Verkehr zunehmend verdrängen und die Handlungsfähigkeit des Staates gefährden. Das gilt es zu verhindern.

- ▶ **Die Schuldenbremse muss konsequent auf alle öffentlichen Haushalte angewandt werden. Dazu gehört auch die Ausdehnung auf die Sozialversicherungen.**
- ▶ **Das Ausgabenwachstum muss auf ein gesundes, langfristig tragbares Mass beschränkt werden. Nur so kann der Staat seine Aufgaben erfüllen, ohne dass nachfolgende Generationen Schuldenberge erben.**
- ▶ **Überschüsse im Budget sollen zum Abbau von Defiziten und Schulden verwendet werden. Eine Lockerung der Ausgabenpolitik ist in der heutigen Situation nicht angezeigt.**

## SCHULDENLÖCHER VERHINDERN

**Die Schweiz hat es mit einem Mix verschiedener Instrumente geschafft, die Neuverschuldung trotz Krise gering zu halten.**

### Gesunde Finanzen: für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat bei den öffentlichen Haushalten der meisten Industrieländer deutliche Spuren hinterlassen. Die Schweiz steht im internationalen Vergleich gut da. Die staatlichen Fehlbeträge sind vergleichsweise gering und die Verschuldung ist unterdurchschnittlich. Bezüglich Neuverschuldung bis Ende 2010 schneidet die Schweiz von allen OECD-Staaten am besten ab. Dieses Ergebnis ist kein Zufall.

### Erfolgsfaktor Schuldenbremse

Finanzpolitisch hat sich für die Schweiz die Kombination von Budgetregeln, Schuldenbremsen (siehe Kasten), direkter Demokratie und Föderalismus als grosser Erfolg erwiesen. Insbesondere die Schuldenbremsen, die beim Bund und in vielen Kantonen in den letzten Jahren in Kraft gesetzt wurden, haben sichergestellt, dass die Schweiz im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern nicht mit einem hoch verschuldeten Haushalt in die Krise geraten ist. Die Zurückhaltung bei Konjunkturprogrammen zahlte sich zusätzlich aus.

### KURZ ERKLÄRT

#### DIE SCHULDENBREMSE

Die Schuldenbremse ist das zentrale Instrument zur Haushaltsführung des Bundes. Sie schreibt vor, dass über einen Auf- und Abschwung hinweg die Staatsausgaben nicht grösser sein dürfen als die vorhandenen Einnahmen. Ziel der Ausgabenregel ist die Sicherstellung eines ausgeglichenen Staatsbudgets und die Vermeidung neuer Schulden.

### Risiko Sozialversicherungen

Die Prognosen des Bundes zeigen, dass die Vorgaben der Schuldenbremse in den nächsten Jahren nur knapp eingehalten werden können. Es bestehen deshalb keine Handlungsspielräume für die Bewältigung neuer dringender Aufgaben oder zur Umsetzung wirksamer standortpolitischer Massnahmen. Den wichtigsten staatlichen Sozialwerken drohen Schuldenlöcher, auf die unser Land heute noch nicht oder nur ungenügend vorbereitet ist. Dabei setzen die steigenden Sozialausgaben die übrigen staatlichen Aufgabenbereiche zunehmend unter Druck.

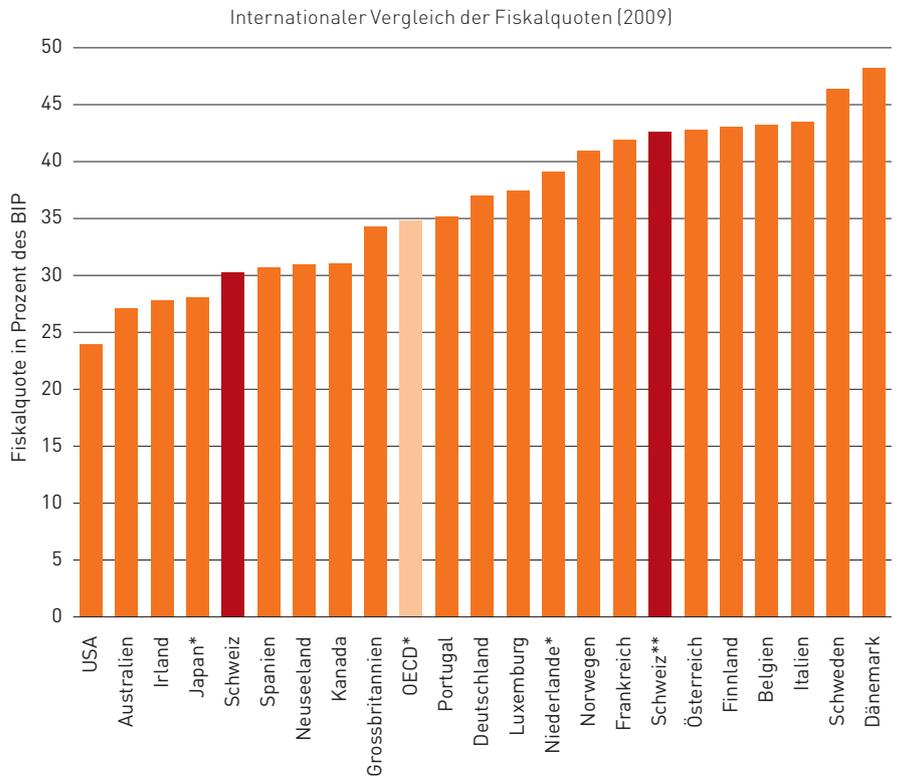
**Viele schweizerische Zwangsabgaben sind in der Fiskalquote nach OECD-Berechnungen nicht enthalten. Das verzerrt den internationalen Vergleich.**

Ausgeglichene Finanzen gewährleisten zu können, heisst heute mehr denn je: Prioritäten setzen. Die permanente Bedienung möglichst vieler politischer Bedürfnisse überfordert den Staat. Anstatt die Vorteile einer nachhaltigen Haushaltspolitik für die Bevölkerung und die Wirtschaft hervorzuheben, wird polemisch von «Staatsabbau» gesprochen. Dafür gibt es keinerlei Hinweise. Die Fiskalquote (Summe aller Einnahmen des Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) der Schweiz – alle Zwangsabgaben eingeschlossen – gehört heute nicht mehr zu den tiefsten der OECD. Nach einem rasanten Wachstum seit den 1990er-Jahren liegt die Fiskalquote der Schweiz heute über dem OECD-Durchschnitt, wenn sämtliche staatlich vorgeschriebenen Abgaben eingerechnet werden.

## INTERNATIONALER VERGLEICH

Zwangsabgaben wie beispielsweise für die berufliche Vorsorge oder für die obligatorische Unfall- und Krankenversicherung sind in der Berechnung der OECD nicht enthalten. Werden sie eingerechnet, entspricht die Fiskalquote der Schweiz (42,6 Prozent) etwa jener von Frankreich oder Österreich und liegt damit über dem OECD-Durchschnitt.

### Fiskalquoten nach OECD-Berechnungen



\* Zahlen von 2008

\*\* Fiskalquote 2008 inkl. aller Zwangsabgaben

Quelle: OECD Revenue Statistics 1965 – 2009

## SCHULDENSPIRALE DER 1990ER-JAHRE BELASTET DEN STAAT NOCH HEUTE

Eine rasante Ausgabenentwicklung zwischen 1990 und 2005 führte beinahe zur Vervielfachung der Staatsschulden.

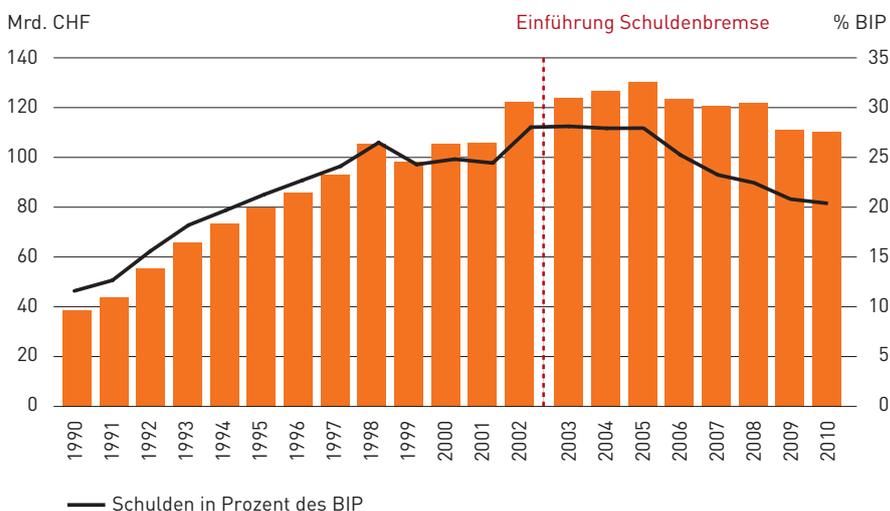
### Handlungsspielräume schaffen

Die kumulierte Schuldenquote (öffentliche Schulden im Verhältnis zum BIP) von Bund, Kantonen und Gemeinden nahm in den 1990er-Jahren von rund 30 Prozent (1990) auf über 55 Prozent (2003) zu. Besonders ausgeprägt war diese Entwicklung beim Bund. Mit Ausnahme eines Jahres (2000) wurden zwischen 1990 und 2005 nur Defizite geschrieben. Die Verschuldung des Bundes nahm in der Folge von 38 Milliarden Franken auf über 130 Milliarden Franken zu. Die Schweiz verlor im internationalen Vergleich bedeutend an Terrain. Die gute Wirtschaftslage der folgenden Jahre, die Schuldenbremse beim Bund (seit 2003) und die zwei Entlastungsprogramme halfen in der Zwischenzeit, wieder Boden gutzumachen. Trotzdem ist der schweizerische Staat mit immer neuen Ausgaben konfrontiert: Rechnet man alle durch Zwangsabgaben finanzierten Sozialversicherungen ein (KVG, SUVA, BVG usw.), liegt der Anteil der Staatsausgaben am BIP (Staatsquote) bei fast 50 Prozent.

20 MILLIARDEN  
FRANKEN  
SCHULDEN  
WENIGER

Seit der Einführung der Schuldenbremse 2003 konnten die Schulden des Bundes um über 20 Milliarden Franken abgebaut werden.

### Die Schuldenbremse wirkt



Quelle: Eidg. Finanzverwaltung

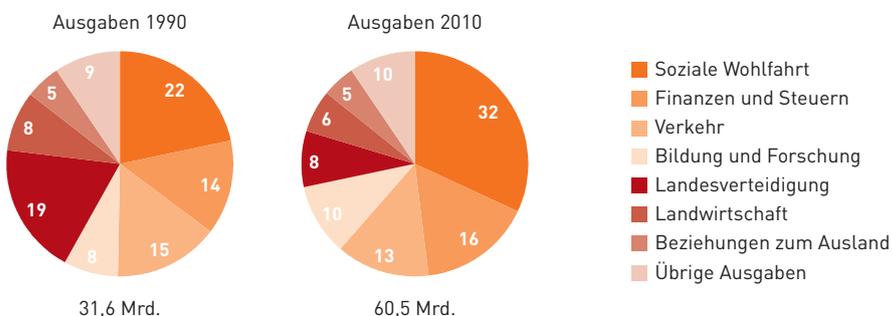
Auch die Struktur der Aufgaben des Staates hat sich seit den 1990er-Jahren verschoben. Vor allem die Bereiche Soziale Wohlfahrt und Gesundheit wuchsen deutlich stärker als die übrigen öffentlichen Aufgaben. Betrug der Anteil der Sozialen Wohlfahrt an den gesamten Ausgaben des Bundes 1990 noch 22 Prozent, liegt der Anteil heute bei fast einem Drittel. Eine Folge der stark steigenden Sozialausgaben ist die Verdrängung der übrigen, gesetzlich weniger gebundenen Aufgabengebiete (Crowding-out). Dieser Prozess wird sich ohne Gegenmassnahmen in der Zukunft fortsetzen. Er wird sich angesichts der steigenden Kosten für Alterssicherung und Pflegefinanzierung gar noch verschärfen.

## SOZIALE WOHLFAHRT KOSTET IMMER MEHR

Bereits jeder dritte Bundesfranken wird heute für die Soziale Wohlfahrt ausgegeben.

### Struktur der Bundesausgaben nach Aufgabengebieten

Anteil der Aufgabenbereiche an den Gesamtausgaben in Prozent



Quelle: Eidg. Finanzverwaltung

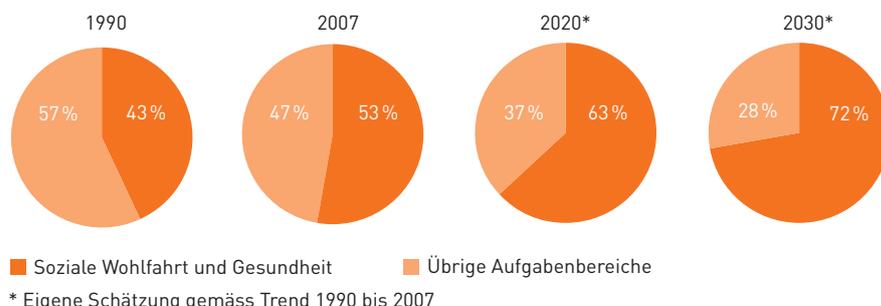
Der Bundesrat hat erkannt, dass Prioritäten gesetzt werden müssen und hat eine Aufgabenüberprüfung eingeleitet. In der Folge wurde die Staatsquote stabilisiert. Die Schaffung massgeblicher struktureller Entlastungen mittels Prioritätensetzung und Verzichte steht aber noch bevor. Das, obwohl die zentralen Ausgabentreiber, allen voran der Bereich der Sozialen Wohlfahrt, seit Langem bekannt sind.

## VERDRÄNGUNGSPROZESS

Die konsolidierten Ausgaben für soziale Wohlfahrt und Gesundheit von Bund, Kantonen, Gemeinden und Sozialversicherungen wachsen seit Jahren überproportional stark an.

### Ausgaben des Staates für soziale Wohlfahrt und Gesundheit

In den Jahren 1990 bis 2030



\* Eigene Schätzung gemäss Trend 1990 bis 2007

Quellen: Eidgenössische Finanzverwaltung (2010), Bundesamt für Sozialversicherungen (2010), eigene Berechnungen

## SCHULDEN GEFÄHRDEN DEN WOHLSTAND

### Schuldenabbau ist im Interesse aller

Eine hohe Staatsverschuldung gefährdet den Wohlstand und die politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität.

- Stark verschuldete Staaten tendieren zu Unsicherheit und Instabilität. Verteilungskämpfe und soziale Unruhen belasten die Gesellschaft und die Wirtschaft. Die Politik wird durch häufige Notmassnahmen unberechenbar.
- Hohe Defizite und Schulden führen zu höheren Zinsen, weil das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern und Investoren in die Handlungs- und Zahlungsfähigkeit des Staates sinkt. Hohe Zinsen hemmen Investitionen und schaden dem Wirtschaftswachstum. Der Wohlstand ist gefährdet.
- Im Ausland ist die Steuer- und Abgabenlast als Folge der Wirtschaftskrise und der bereits zuvor fehlenden Nachhaltigkeit teilweise markant gestiegen. Steuererhöhungen reduzieren die Kaufkraft der privaten Haushalte und gefährden in einer Krise den Aufschwung.

Auch in der Schweiz wurden in jüngster Zeit die Steuern erhöht. So bei der Invalidenversicherung (Zusatzfinanzierung 2011 bis 2017) sowie bei der Arbeitslosenversicherung und der Erwerbsersatzordnung (höhere Lohnprozente ab 2011). Auch die Krankenkassenprämien steigen jährlich stark. In all diesen Bereichen liegen Strukturprobleme vor, die immer wieder auf die lange Bank geschoben wurden und darum heute eine zusätzliche Finanzierung erfordern. Bei der Alters- und Hinterlassenenversicherung droht ohne Gegenmassnahmen eine ähnliche Entwicklung.

### KURZ ERKLÄRT

#### SCHULDEN VERHINDERN INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT

Schulden sind mit entsprechenden Ausgaben für Zinsen und Schuldentilgung verbunden. Einige Staaten müssen bereits heute über 20 Prozent ihrer Einnahmen für den Schuldenabbau aufwenden. Dadurch werden die Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb des Budgets kleiner. Investitionen in die Zukunft (Bildung, Infrastruktur) oder Reserven für Unvorhergesehenes (Naturkatastrophen, Wirtschaftskrisen usw.) sind kaum mehr möglich.

Trotz Schuldenabbau zahlt auch der Bund jährlich rund drei Milliarden Franken für Passivzinsen. Wäre der Bund schuldenfrei, könnten die Bildungs- und Verkehrsausgaben um 50 Prozent bzw. 40 Prozent erhöht oder die Mehrwertsteuer um ein Prozent gesenkt werden. Alternativ könnten die Verrechnungssteuer oder die Stempelabgabe ganz abgeschafft werden.

## SOLIDE FINANZEN VERHINDERN STEUERERHÖHUNGEN

### Starker Staat dank gesunder Finanzen

Eine nachhaltige Finanzpolitik ist kein Selbstzweck. Die Folgen eines finanzpolitischen Laissez-faire in Form von steigenden Zinsen, der Verdrängung zukunftssträchtiger Ausgaben aus dem Budget, tieferen Wachstumsraten und einer gefährlichen Schulden Spirale müssen vermieden werden.

Der gesunde Staatshaushalt hat in der Krise viel abgedeckt.

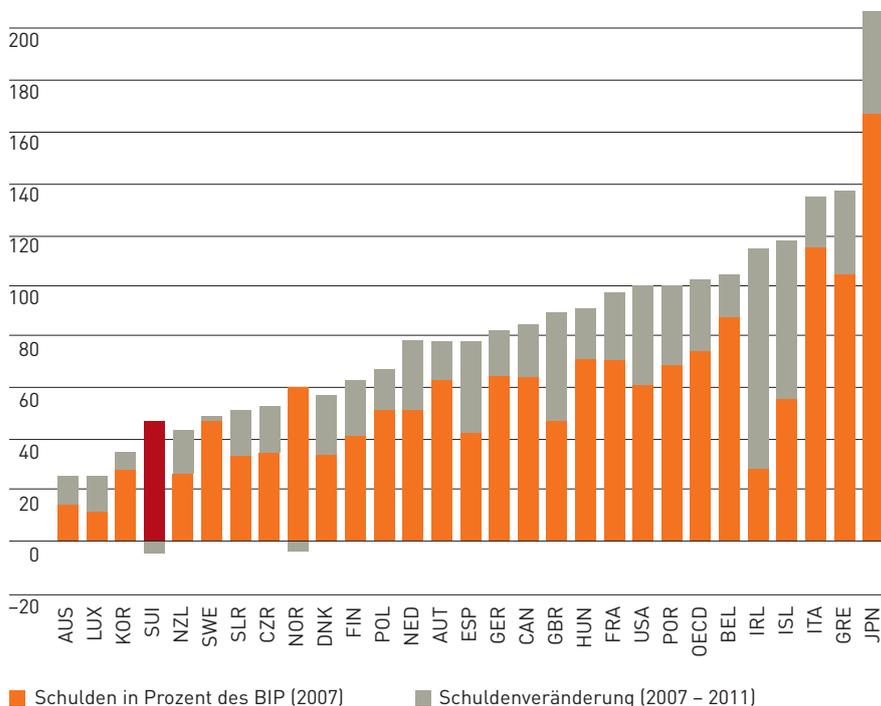
Das bessere Abschneiden der Schweiz in der aktuellen Wirtschaftskrise liegt daran, dass viele Staaten bereits vor der Krise stark verschuldet waren. Hohe Defizite als Folge der Krise haben die Schulden buchstäblich explodieren lassen. Die Schweiz hat drei Stabilisierungsprogramme innerhalb der Schuldenbremse beschlossen und musste keine neuen Schulden aufnehmen. Heute schneidet sie sowohl beim Staatsdefizit als auch betreffend Neuverschuldung unter den Besten der OECD ab.

## TIEFE SCHWEIZER STAATSVER- SCHULDUNG

Einzig die Schweiz und Norwegen schafften es im OECD-Vergleich, ihre Schuldenquote während der Krise zu reduzieren.

### Bruttoschulden in der OECD

Bestand und Veränderung der Bruttoschulden in Prozent des BIP (2007 – 2011)



Quelle: OECD Economic Outlook

Die Schuldenbremse zwingt den Staat, neue Ausgaben gut abzuwägen.

Eine langfristig tragbare Finanzpolitik ist unspektakulär. Sie setzt auf Beständigkeit und vermeidet Extreme. Vorausschauendes Handeln schafft Stabilität und Sicherheit. Ein ausgeglichenes Budget ist zudem der beste Garant gegen unbeliebte und schädliche Steuererhöhungen.

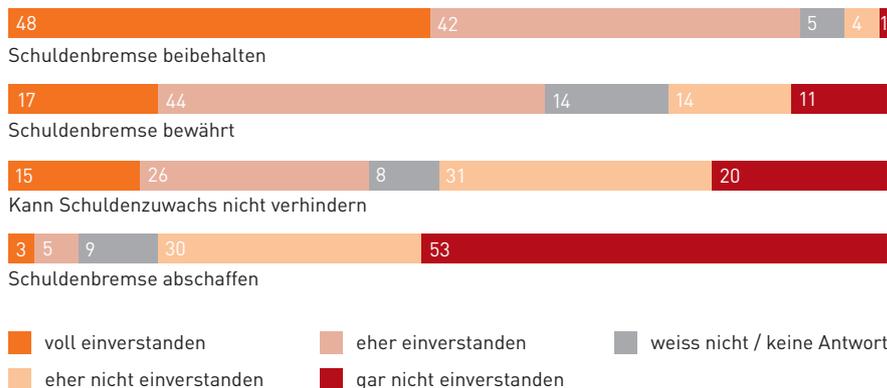
Die vom Volk mit einem überwältigenden Mehr von 85 Prozent im Jahr 2001 gutgeheissene Schuldenbremse garantiert auch in Zukunft ein Mindestmass an finanzpolitischer Stabilität. Wie die repräsentative Umfrage des Finanzmonitors 2011 zeigt, stösst die Schuldenbremse weiterhin auf sehr grosse Unterstützung in der Bevölkerung. Rund 90 Prozent der Befragten sprechen sich für deren Beibehaltung aus. Demgegenüber sind 86 Prozent der Stimmberechtigten gegen das Anpacken neuer Staatsausgaben bei gleichzeitigen Steuererhöhungen. Höhere Ausgaben sind in keinem Aufgabenbereich des Staates mehrheitsfähig. Vielmehr soll der Staat seine Aufgaben mit den bestehenden Mitteln optimal lösen. Mit allfälligen Überschüssen möchten 59 Prozent der Befragten als erstes die Schulden abbauen. Weitere 29 Prozent wollten als erstes die Steuern senken. Für die Verwendung von Überschüssen für neue Staatsaufgaben sprechen sich nur sechs Prozent der Stimmbürger aus. Bei Defiziten sollen in erster Linie die Ausgaben gekürzt werden.

## DIE SCHULDENBREMSE

geniesst auch acht Jahre nach ihrer Einführung eine sehr grosse Akzeptanz in der Bevölkerung.

### Ansichten zur Schuldenbremse

In Prozent Stimmberechtigte



Quelle: gfs.bern, Finanzmonitor 2011

Die Ansichten der Bevölkerung stehen im Widerspruch zur nachlassenden Ausgabendisziplin der Politik sowie zu zahlreichen diskutierten neuen Steuern. Die Politik ist daher gefordert, sich wieder auf eine konsequent restriktive Finanzpolitik zu besinnen. Mittel- und langfristig steht der Bundeshaushalt vor grossen Herausforderungen. Das Instrument der Aufgabenüberprüfung soll daher neue finanzpolitische Handlungsspielräume schaffen. Damit dieses wichtige Ziel erreicht werden kann, muss eine seit längerem geplante Überprüfung der Bundesaufgaben mit verstärkten Anstrengungen vorangetrieben werden. Zudem ist eine nachhaltige Finanzpolitik ohne Einbezug der staatlichen Sozialversicherungen nicht möglich. Gegen überschuldete Sozialwerke ist eine konsequente Schuldenbremse das beste Rezept.

Weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen sind kein Weg für die Wirtschaft. Sie verdecken das Problem des zu hohen Ausgabenwachstums und vergrössern dadurch den Handlungsbedarf in der Zukunft. Gesunde Finanzen sind die beste Voraussetzung für einen handlungsfähigen, starken Staat.

## INFOS UND AUSKÜNFTE

### Dossiers und Links

→ [www.economiesuisse.ch/finanzen](http://www.economiesuisse.ch/finanzen)

→ [www.efd.admin.ch](http://www.efd.admin.ch)

→ **Bundesfinanzen: Kapitale Herausforderungen**

→ **Dossierpolitik Finanzmonitor 2011:  
Stimmvolk gegen neue Ausgaben und Steuern**

→ **Schlussbericht zum Finanzmonitor 2011: Staatshandeln in Fragen  
der Finanz- und Steuerpolitik wird wieder besser beurteilt**



### Ihre Ansprechpartner bei economiesuisse

Urs Furrer  
Leiter Finanzen und Steuern  
Mitglied der Geschäftsleitung  
[urs.furrer@economiesuisse.ch](mailto:urs.furrer@economiesuisse.ch)



Frank Marty  
Stv. Leiter Finanzen und Steuern  
[frank.marty@economiesuisse.ch](mailto:frank.marty@economiesuisse.ch)